



Alternative Wahloptionen: Nachwuchsquote

Aufgabe

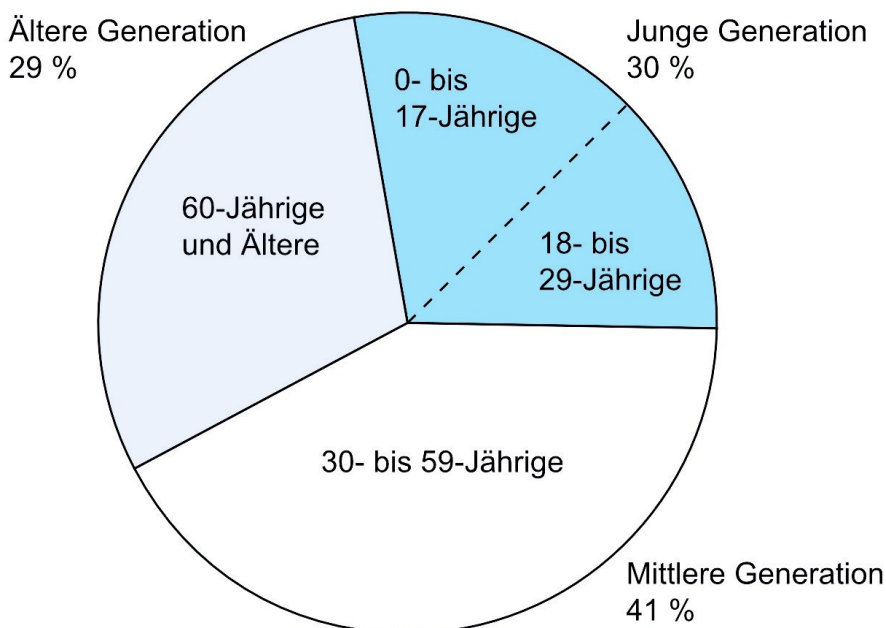


Schauen Sie sich die Grafik an und lesen Sie den Text aufmerksam durch.



Beantworten Sie die folgenden Fragen:

1. Wie hoch ist das Durchschnittsalter der Mitglieder von Parteien, Bundestag und Bundesregierung?
2. Welche Forderung hat die *Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen* für Parlament und Regierung in Bezug auf die junge Generation?
3. Welche Begründung hat die Stiftung für ihre Forderung und die Wirkung, die sie sich bei der Umsetzung der Forderung verspricht?



Berechnet nach Statistisches Bundesamt. *Destatis Datenbank Genesis. Tabelle 12411-0005. Bevölkerung: Deutschland, Altersjahre. Stichtag 31.12.2021, Abruf 4.11.2022.*

Die deutsche Politik – sie ist überaltert. Die Mitglieder von Regierung und Bundestag weisen ein hohes Durchschnittsalter auf. So verwundert es nicht, dass 80 Prozent der 18- bis 29-Jährigen sich in der Politik nicht ausreichend vertreten fühlen, wie eine Umfrage zeigt.

Quelle: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen: *SRzG fordert drei Minister*innen unter 35 Jahren in der nächsten Bundesregierung. Februar 2018.*



- 5 Das Durchschnittsalter des Kabinetts der Bundesregierung betrug Ende 2021 52 Jahre – mit keiner Ministerin und keinem Minister unter 40 Jahren – und war damit um einiges älter als die Bevölkerung, die es vertrat. Auch der Bundestag ist überaltert. Nur 113 bzw. 15 % von 736 Abgeordneten waren am 25.11.2021 unter 35 Jahren – obwohl der Bevölkerungsanteil der unter 35-Jährigen bei gut einem Drittel liegt. Das Durchschnittsalter im Bundestag betrug rund 47 Jahre und spiegelt so nicht das der Bevölkerung wider.

- Eine wichtige Aufgabe des Bundestages ist, die Bevölkerung zu repräsentieren; im Parlament soll diskutiert werden, was die BürgerInnen bewegt. Damit auch die Stimmen und damit die Interessen der Jungen gehört werden, fordert die *Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen* (SRzG) eine Verjüngung der Politik durch institutionell verbindliche Nachwuchsquoten. Hier gilt es, auf verschiedenen Ebenen anzusetzen und bei den Parteien zu beginnen.

- Das Durchschnittsalter der CDU- und SPD-Mitglieder lag Ende 2019 bei 61 bzw. 60 Jahren, „jüngste“ Partei sind die Grünen mit 48 Jahren im Durchschnitt. Man kann jungen Menschen nicht vorschreiben, in Parteien einzutreten, aber die Parteien können sich für junge Menschen stärker öffnen. Dazu müssen sie u.a. ihren Mitgliedern wirkliche Entscheidungsmacht geben und eine zeit- und ortsunabhängige Mitarbeit ermöglichen.

- Vor Wahlen erstellen die Parteien Kandidatenlisten. Hierbei könnte es zukünftig eine Quote für junge PolitikerInnen – weiblich und männlich – geben. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen schlägt hierfür 20 % vor.

- Und letztlich sollte bei der Regierung angesetzt werden: Um die Quote von 20 % zu erfüllen, müssten drei von insgesamt 15 Ministerposten mit unter 35-Jährigen besetzt werden; in der Politik zählen PolitikerInnen bis 35 Jahre in die junge Generation, da man erst ab 18 gewählt werden darf. Deswegen spricht man hier auch nicht von Jugend-, sondern von Nachwuchsquoten.

- Eine größere Zahl an jungen PolitikerInnen in Parlament und Regierung würde bewirken, dass Anliegen und Vorstellungen der jungen Generation als Gegenstand in den politischen Gestaltungsprozess getragen werden würden. Dadurch würde die Politik langfristiger ausgerichtet werden und überdies neue und eher unkonventionelle Ideen Aufmerksamkeit und Bedeutung bekommen. Die junge Generation würde sich wieder ernst genommen und respektiert fühlen und mehr Vertrauen in die politischen Institutionen legen. Wahlbeteiligung und das Interesse junger Menschen an Politik könnten damit gesteigert werden.



Altersgruppen-Generationengerechtigkeit

Generationengerechtigkeit zwischen den aktuell lebenden Menschen ist erreicht, wenn die jungen, die mittleren und die älteren Menschen die gleichen Chancen besitzen, ihre Bedürfnisse zu erfüllen und dies noch in Zukunft tun zu können.

Quelle: Deutscher Bundestag:
Dokumente, 3. Alters- und Sozialstruktur, Kapitel 3.1 Altersgliederung und Kapitel 3.2 Durchschnittsalter
<https://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/datenhandbuch/03/kapitel-03-475934>
(abgerufen am 3.11.2022).

Quelle:
Durchschnittsalter der Mitglieder der politischen Parteien in Deutschland am 31. Dezember 2019.
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192255/umfrage/durchschnittsalter-in-den-parteien/>
(abgerufen am 3.11.2022).

Quelle: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen:
Nachwuchsquoten in Parteien und Parlamenten: Warum die Mitbestimmung junger Menschen durch Quoten sinnvoll ist. auf:
https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2018/04/PP_Nachwuchsquoten_Kurz.pdf



Lösungsvorschlag

Aufgabe 1: Wie hoch ist das Durchschnittsalter der Mitglieder von Parteien, Bundestag und Bundesregierung?

Durchschnittsalter: SPD- und CDU-Mitglieder: 61 bzw. 60 Jahre; Bundestag: 47 Jahre, Bundesregierung: 52 Jahre.

Aufgabe 2: Welche Forderung hat die *Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen* für Parlament und Regierung in Bezug auf die junge Generation?

Forderungen der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen:

- Parteien sollen sich öffnen und modernere Beteiligungsmöglichkeiten bieten.
- 3 von 15 Ministerposten sollen an junge PolitikerInnen unter 35 Jahren vergeben werden.
- Auf den Bundestagslisten der Parteien sollen 20 % der Positionen mit jungen PolitikerInnen besetzt sein. 20% ist der faktische Anteil der 18- bis 35-Jährigen an der Bevölkerung, welche die Abgeordneten vertreten sollen.

Aufgabe 3: Welche Begründung hat die Stiftung für ihre Forderung und die Wirkung, die sie sich bei der Umsetzung der Forderung verspricht?

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen fordert eine Verjüngung der Politik in Deutschland durch eine Nachwuchsquote, da junge Menschen in der Politik nicht ausreichend vertreten sind und ihre Interessen daher nicht angemessen berücksichtigt werden. Eine Verjüngung der Politik würde dazu führen, dass die Anliegen und Vorstellungen der jungen Generation in den politischen Gestaltungsprozess einbezogen werden, die Politik langfristiger ausgerichtet wird und neue Ideen Aufmerksamkeit bekommen. Dies würde das Vertrauen junger Menschen in die politischen Institutionen stärken und zu einer höheren Wahlbeteiligung und einem gesteigerten Interesse an Politik führen.

Quelle des Arbeitsblatts

Dieses Arbeitsblatt entstammt der einsatzfertigen Unterrichtsstunde *Welche Bedürfnisse haben Menschen – heute und in Zukunft?* Die Stunde ist Teil der Themeneinheit Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit und lässt sich von der Webseite der Bildungsplattform Wandel vernetzt denken kostenlos herunterladen.

Links

[Didaktische Infos zur Unterrichtsstunde und Download](#)

[Übersicht zur Themeneinheit Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit](#)

www.wandelvernetztdenken.ch

